Alte Fassung

Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Stadträte (Ehrenamt|StadträteEntschS – EStRES)

Vom 25. Februar 2000 (Amtsblatt S. 110),

zuletzt geändert durch Satzung vom 11. Dezember 2003 (Amtsblatt S. 623)

Die Stadt Nürnberg erläßt auf Grund von Art. 20 a der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i. d. F. d. Bek. vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 542) folgende Satzung:

§ 1

(1) Ehrenamtliche Stadträte erhalten eine Entschädigung.

(2) Sie beträgt für

a) die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen, die kraft ihrer Stärke in Ausschüssen vertreten sind	2.948 Euro
b) deren Stellvertreter	2.212 Euro
c) die übrigen ehrenamtlichen Stadträte	1.475 Euro
- monatlich.

(3) Die Zahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, für die Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 2 b) gewährt wird, richtet sich nach der Stärke ihrer Fraktion; auf je angefangene 10 Fraktionsmitglieder darf nicht mehr als ein Stellvertreter entfallen.

(4) Wird die Grundvergütung für die Vergütungsgruppe II des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) erhöht, so erhöht sich die Aufwandsentschädigung nach Abs. 2 um den gleichen Prozentsatz. Die ehrenamtlichen Stadträte erhalten außerdem bei der Erhöhung der Vergütung nach BAT in Form von einmaligen Zahlungen den gleichen Betrag wie Angestellte der Vergütungsgruppe BAT II. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Erhöhungen des Jahres 2004.

§ 2

(1) Selbständig tätige ehrenamtliche Stadträte erhalten eine Verdienstausfallentschädigung.

(2) Ehrenamtliche Stadträte, die keine Ersatzansprüche gemäß Art. 20 a Abs. 2 Nr. 1 und 2 GO haben, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder durch die Inanspruchnahme einer

Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Entschädigung.

(3) Die Entschädigung nach den Absätzen 1 und 2 bemißt sich nach dem Zeitaufwand für das Ehrenamt. Die Verdienstausfallentschädigung nach Absatz 1 beträgt 20,45 Euro je Stunde, die Entschädigung nach Absatz 2 12,78 Euro je Stunde.

(4) Als Zeitaufwand für das Ehrenamt werden anerkannt

- die Dauer der Sitzungen des Stadtrats, seiner Ausschüsse und Kommissionen, aufgerundet auf volle Stunden und zuzüglich einer Wegzeit von 1 Stunde, höchstens 10 Stunden je Tag,
- bei Fraktionsvorsitzenden pauschal 125 Stunden pro Monat.

(5) Entschädigungen nach Abs. 1 bis 4 werden nur auf Antrag gewährt. Der Anspruch auf diese Entschädigungen kann nur innerhalb eines Jahres nach Entstehung geltend gemacht werden.

§ 3

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Dezember 1999 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über die Aufwands- und Verdienstausfallentschädigung der ehrenamtlichen Stadträte vom 08. Januar 1979 außer Kraft.